



Standpunkt: Warum Europa bei Fluorpolymeren differenzieren muss

Bei der Regulierung von PFAS sollte die EU einen risikobasierten Ansatz verfolgen und nicht eine ganze Stoffgruppe verbieten, schreibt der Generalsekretär des Wirtschaftsrats der CDU. Fluorpolymere seien nicht nur wirtschaftlich notwendig, sondern überlebenswichtig.

WS Wolfgang Steiger

Europa steht vor einer schwierigen Aufgabe: Gesundheit und Umwelt sollen wirksam vor gefährlichen Stoffen geschützt werden. Die EU verfolgt daher derzeit eine umfassende Chemikalienregulierung mit dem Ziel, nahezu die gesamte Stoffgruppe der PFAS im Rahmen der REACH-Verordnung zu beschränken.

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat 2023 einen Beschränkungs-vorschlag für die mehr als 10.000 Substanzen umfassende PFAS-Gruppe vorgelegt. Basis waren eingereichte Dossiers von Deutschland, den Niederlanden, Dänemark, Norwegen und Schweden. Ende 2026 soll die wissenschaftliche Bewertung durch die ECHA abgeschlossen und ein Regulierungsvorschlag an die EU-Kommission übermittelt werden. Danach wird die Kommission einen konkreten Verordnungsentwurf vorlegen.

Deshalb ist jetzt die Zeit, über die Sinnhaftigkeit pauschaler Verbote in der PFAS-Debatte zu sprechen. Fluorpolymere stellen eine kleine Gruppe innerhalb der PFAS dar. Sie

unterscheiden sich aber signifikant hinsichtlich ihrer Eigenschaften und ihres Risikoprofils. Als hochmolekulare Werkstoffe sind sie weder löslich noch toxisch oder flüchtig und auch nicht bio-akkumulativ.

Gleichzeitig sind Fluorpolymere für viele Branchen in Deutschland und Europa essenziell. Von Pharmazie und Medizintechnik über Computerindustrie, erneuerbare Energien und Mobilität bis hin zu Lebensmittelindustrie, Elektroindustrie und Maschinenbau. In der Medizintechnik werden sie beispielsweise für die Herstellung von Herzklappen, Stents und einer Vielzahl weiterer Implantate benötigt. Fluorpolymere sind daher nicht nur wirtschaftlich notwendig, sondern auch überlebenswichtig.

Ein Verbot hätte drastische Auswirkungen auf ganze Industriezweige, die dann abzuwandern drohen. Da das PFAS-Regulierungsverfahren nun schon mehrere Jahre andauert und sein Ausgang ungewiss ist, findet dies auch bereits statt. Moderne Technologien aus den Bereichen Pharmaka, Batterietechnik und Elektromobilität werden schon heute nach China oder Indien verlagert.

Einer der Hauptkritikpunkte an PFAS sind die Emissionen aus früheren Herstellungsverfahren. Ein weiterer Punkt richtet sich gegen PFAS, die nach ihrem Lebensende in die Umwelt gelangen. Für beides gibt es inzwischen technisch zuverlässige Lösungen: Die Hersteller von Fluorpolymeren in Europa haben sich in ihrem Produktionsprogramm zu einer signifikanten Absenkung von Emissionen verpflichtet. Auch die Müllverbrennung gilt als sicheres End-of-Life-Verfahren. Ihre Funktion als Senke für PFAS wurde in einer realen, in Echtzeit durchgeführten Studie eindrucksvoll nachgewiesen.

Zusätzlich gibt es Pilotprojekte für das chemische Recycling, das sogenannte UpCycling von Fluorpolymeren. Das Verfahren wurde in Deutschland entwickelt und über mehrere Jahre im Pilotmaßstab erprobt. Entsprechende Anlagen werden nun im Produktionsmaßstab gebaut. Fluorpolymere, hergestellt auf Basis von UpCycling-Monomeren, weisen einen um circa 80 bis 90 Prozent abgesenkten Carbon Footprint auf. Das Verfahren ist damit deutlich klimaschonend.

Die EU-Kommission sollte Fluorpolymere deshalb vom anvisierten PFAS-Beschränkungsverfahren ausnehmen. Bei einigen Chemikalien der PFAS-Stoffgruppe gibt es fraglos echte Gefahren, etwa durch herauswaschbare Komponenten von Billigkleidung, die Umwelt und Gesundheit gefährden. Insgesamt sollte das Beschränkungsverfahren einen risikobasierten Ansatz verfolgen und von den wirklichen Gefahren ausgehen, anstatt pauschal eine gesamte Stoffgruppe zu verbieten und sprichwörtlich das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Beim Umgang mit PFAS braucht Europa deshalb keine Regulierung mit der Gießkanne. Sondern eine Verordnung, die wissenschaftliche Erkenntnisse, tatsächliche Risiken und die Bedeutung einzelner Stoffgruppen berücksichtigt. Nur so lassen sich Umwelt- und Gesundheitsschutz mit Innovation und industrieller Stärke verbinden.

Dieser Standpunkt spiegelt nicht zwingend die Meinung der Redaktion wider.
